

# Antrag

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37

**Antragsnummer: 3**

**Antragssteller: DGB-Senioren Hamburg**

**Titel: Erhöhung des Rentenniveaus auf zunächst einmal 53%**

**Antrag:**

**Die DGB-Senioren Hamburg bitten den DGB Hamburg, sich folgenden Antrag an den Ordentlichen DGB-Bundeskongress 2022 zueigen zu machen und über die Bezirkskonferenz des DGB-Bezirks Nord auf den Weg zu bringen.  
Forderung: Erhöhung des Rentenniveaus auf zunächst einmal 53%**

**Begründung:**

Der Ordentliche DGB-Bundeskongress 2018 hat sich für eine Fixierung des Rentenniveaus bei 48% - dem damaligen Stand - ausgesprochen, mit einer Option auf Wiederanhebung auf etwa 50% (Beschluss B 033 des PdA 2018). Im Vergleich mit vielen europäischen Nachbarländern ist jedoch das Rentenniveau bezogen auf das Arbeitseinkommen in der Bundesrepublik unangemessen niedrig. Durch die sogenannte Rentenreform der rot-grünen Bundesregierung in den Nullerjahren ist ein Absenkungsprozess in Gang gesetzt worden, der bis zu einem Rentenniveau von 40% führen wird. Durch ein Moratorium des Bundestages ist der Absenkungsprozess zur Zeit bis 2025 bei 48% unterbrochen, soll danach jedoch fortgesetzt werden.

Erstes Ziel des DGB muss es sein, zunächst für die Wiederherstellung des vor der Absenkung gehaltenen Zustandes einzutreten. Ein Anhalten des Absenkungsprozesses bei 48% über 2025 hinaus mit der Perspektive eines Wiederanstiegs auf 50% (Beschluss B 033 des PdA 2018) genügt nicht. Die gewerkschaftliche Forderung muss also mindestens sein, den Zustand von vor dem rot-grünen Eingriff ins Rentensystem wiederherzustellen. Dieser Zustand war durch ein Rentenniveau von 53% gekennzeichnet.

Neben diesem ersten Schritt müssen weiter gehende Vorstellungen zur Rentenreform im Sinne der von 'Seniorenaufrüstung' und 'RentenZukunft' entwickelten Vorstellungen für eine Erwerbstätigenversicherung in der künftigen gewerkschaftlichen Arbeit unbedingt zeitnah formuliert und berücksichtigt werden.

**Beschluss der Delegiertenkonferenz: Annahme als Material an den DGB-Vorstand Hamburg (Gremium)**